

## Ratsfraktion der MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

Geschäftsstelle:  
Tel. : 3899810 Fax: 3899811



Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim  
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

# MBI: ~~☒~~ Ja beim Bürgerentscheid! Gegen weitere Privatisierung!

Unsere Stadt Mülheim ist hoch verschuldet, laufende Ausgaben werden zunehmend über kurzfristige Kassenkredite abgewickelt. Tendenz explodierend! Gleichzeitig liegt Mülheims „Kommunalisierungsgrad“ laut Prognos-Städtevergleich im Ruhrgebiet an allerletzter Stelle! Wir haben als fast einzige Großstadt in Deutschland keine Stadtwerke, Ver- und Entsorgung sind bereits ganz oder teilprivatisiert.

Am 27. Feb. 2005 war der Bürgerentscheid gegen weitere Privatisierung in Mülheim erfolgreich auch wegen der schlechten Erfahrungen bei RWW, MEDL, MEG, SEM, MVG usw.. Beim Weiterverkauf des RWW z.B. hat die Stadt kaum noch Einfluss darauf, ob die RWW-Zentrale in Mülheim bleibt oder nicht.

**Das Betreiben von Schulgebäuden durch Private, wie u.a. bei der sog. „Zukunftsschule“ Eppinghofen mit Hochtief geplant, ist auch eine Form der Privatisierung. Im großen Stil will Mülheim demnächst Schulsanierung über ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft) durchführen.**

### ÖPP-Modelle im Schulwesen gefährden das Gemeinwohl!

(Fazit des Privatisierungsreports der GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

**Wenn mehrere Mülheimer Schulen wie geplant von einer einzigen ÖPP-Firma saniert und von dieser auf 25 Jahre betrieben werden, hat die Stadt sich auch in der Schulentwicklungsplanung langfristig festgelegt. Wer weiß denn, welche der Schulen in 25 Jahren noch gebraucht wird?**

Der Präsident der obersten Rechnungshöfe hat gewarnt: „**ÖPP ist keine neue Geldquelle. Mittel- und langfristig ist es ein gefährlicher Weg, da die Finanzlast in die Zukunft verschoben wird**“. Die Hamburger Kliniken, das Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen, das Schulzentrum Frankfurt-Ostend, die Sporthalle in Oderwitz/Sachsen und viele andere Beispiele haben gezeigt: Die Versprechungen waren falsch, Konflikte sind vorprogrammiert und die Städte zahlen auf Dauer immer drauf.

**Nutznieser der „ÖPP – Variante“ sind primär Baukonzerne, Banken und Beraterfirmen. Per „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ zahlt die Stadt 25 oder 30 Jahre an die Kreditbank des ÖPP-Partners - ohne Widerspruchs- und Mietkürzungsrecht bei Insolvenz oder Mängeln!**

**Zu den Verlierern** gehören kleine und mittlere örtliche Bau- und Handwerksbetriebe, da öffentliche Aufträge ausbleiben. Im öffentlichen Dienst sind Arbeitsplatzverdichtung und -verluste wegen der Verschiebung von Angestellten in privatrechtliche ÖPP – Projektgesellschaften vorprogrammiert. **Hauptverlierer sind die Bürger, die alles mit ihren Steuern/Gebühren bezahlen müssen!** ÖPP bindet Haushaltsmittel langfristig und verkleinert damit den Gestaltungsspielraum. Besonders gravierend ist, dass die Amts- und Mandatsinhaber mit PPP/ÖPP öffentliche Angelegenheiten der demokratischen Kontrolle entziehen, damit der Demokratie erheblichen Schaden zufügen und zur Entmündigung der Bürger beitragen.

**Natürlich gibt es andere Möglichkeiten, den riesigen Sanierungsstau zu beheben. Genau wie z.B. in Düsseldorf müssten wir einen Sanierungsplan für Schulen aufstellen, mit dem innerhalb von 15 Jahren alle Gebäude saniert werden und der im Haushalt oberste Priorität hat - auch und besonders vor Ruhrbania!! Wie bei jeder Eigentümergemeinschaft muss endlich ein Rücklagenkonto für Gebäudeinstandhaltung angelegt werden.**

### Privatisierung städtischer Pflichtaufgaben ist ein Irrweg!

**Nicht gegen die Bürger entscheiden, sondern mit ihnen die besseren Lösungen suchen!**